

Blick der Gewerkschaften auf die 2. Säule

Mehr als Versicherungstechnik

Innerhalb der Vorsorgebranche wird primär technisch über Leistungsparameter und ihre Finanzierbarkeit diskutiert. Dabei geht zuweilen vergessen, dass für Versicherte der Umwandlungssatz dann korrekt ist, wenn sie von der Rente leben können. Eindrücke eines Anlasses des PK-Netzes in Bern.



Thomas Jordan (links) und Pierre-Yves Maillard sind sich nicht einig, wie die Gewinne der SNB zu verwenden sind.
Foto: Monique Wittwer

«Die Renten der einfachen Arbeitnehmenden sinken, und zwar dramatisch», betonte Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, in ihrer Eröffnungsrede. «Viele Menschen stellen heute empört fest, dass sich frühere Rentenversprechen in Luft aufgelöst haben.»

Die Aussage bezieht sich auf die 2. Säule, die Schuld dafür sieht Alleva aber explizit nicht bei den Führungsorganen der Pensionskassen. Vielmehr müssten die Stiftungsräte den Kopf hinhalten für die Krise des Kapitaldeckungsverfahrens. Dies sei eine extrem schwierige Aufgabe, den Stiftungsräten gebühre An-

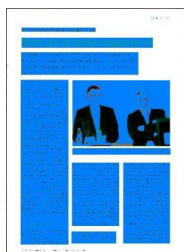
erkennung und Dank für ihren Einsatz.

In der Folge warb Alleva für den Sozialpartnerkompromiss zur BVG-Reform. Sie unterstrich dabei die positiven Folgen für Frauen. Die aktuelle Situation sei in typischen Frauenbranchen «wirklich zum Heulen». Bei der Pensionskasse Coiffure & Esthétique liegt die durchschnittliche Altersrente gemäss Alleva bei rund 800 Franken pro Monat, bei **GastroSocial** und der BVG-Stiftung der SV-Group bei 600 respektive 500 Franken. Solche Renten reichten nicht zum Leben, seien aber «bittere Realität» für viele Frauen. Der Sozial-

partnerkompromiss bringe hier durch die Halbierung des Koordinationsabzugs und durch die Umlagekomponente eine deutliche Verbesserung, so Alleva. Zudem sei er auch eine Chance, «den Charakter der 2. Säule als Sozialversicherung zu stärken».

Von richtigen und falschen Lösungshebeln

Dem Pensionskassen-Experten Roger Baumann (C-alm) kam die Aufgabe zu, die Grundzüge des Sozialpartnerkompromisses hinsichtlich der Kosten und



Leistungen aufzuzeigen.¹ Er wies darauf hin, dass die Kostenschätzungen für das Modell – wie auch für die anderen zur Diskussion stehenden Modelle – stark von Annahmen abhängig sind. Zentral ist dabei insbesondere die Schätzung zum Grad der Umhüllung in der aktuellen Situation. Je höher die Umhüllung eingeschätzt wird, desto geringer fallen die Kosten aus.

Über die technische Auslegeordnung hinaus unterstrich Baumann zwei Aspekte: Erstens könne eine BVG-Reform die Problematik der tieferen Frauenrenten höchstens mindern, aber nicht lösen. «Der Grund, dass Frauen viel tiefere Renten haben, liegt weniger an den Pensionskassen als in der schlechteren Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt.»

Zweitens scheute er sich nicht, dem gerade aus Gewerkschaftskreisen gerne vorgebrachten Argument zu widersprechen, dass die 1. Säule, sprich das Umlageverfahren, effizienter sei als die 2. Säule. Die 2. Säule hat gemäss Baumann seit ihrer Einführung 1985 die goldene Regel, die ihr zugrunde liegt, deutlich übertroffen. Errechnet man für beide Systeme eine reale Nettorendite, so lag diese von 1985 bis 2018 für das Umlageverfahren bei 1.7 Prozent, für das Kapitaldeckungsverfahren bei 3.5 Prozent. Prospektiv ist aus beiden Systemen eine tiefere, aber weiterhin positive Rendite zu erwarten.

So sieht Baumann denn auch in der mit dem BVG-Kompromiss geplanten Einführung einer Umlagekomponente «eine rein distributive Frage, sie ist nicht ökonomisch besser oder effizienter».

Tabubruch ...

Den Abschluss des Anlasses bildete eine Diskussion zwischen Thomas Jordan, Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), und Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen

Gewerkschaftsbunds (SGB).

Maillard wies in seiner Eröffnungsnote darauf hin, dass die Schweiz einerseits durch die demografische Entwicklung vor enormen Herausforderungen stehe. Andererseits habe die SNB alleine in den ersten neun Monaten 2019 einen Gewinn von fast 60 Mrd. Franken erwirtschaftet. «Die Politik muss etwas unternehmen, um diese beiden Dinge zusammenzuführen und Lösungen zu unterstützen», meinte Maillard. Die SNB habe mit der Einführung von Negativzinsen einen ersten Tabubruch begangen. Nun sei es an der Zeit für einen weiteren Tabubruch.

... oder nicht?

Jordan seinerseits unterstrich, dass die SNB für die Geld- und Währungspolitik verantwortlich sei, nicht für die Sozialpolitik oder die Vorsorgewerke. Der SNB sei es auch wichtig, dass die 2. Säule ihre Aufgaben wahrnehmen könne. Die SNB unterstütze dies, indem sie die wirtschaftliche Stabilität gewährleiste und die Inflation stabil halte.

Darüber hinausgehenden Massnahmen erteilte Jordan aber eine Abfuhr. Den Negativzins ertrag an Pensionskassen ausschütten? «Keine gute Idee. Jede Verknüpfung von Geld- und Sozialpolitik birgt die Gefahr von Zielkonflikten mit dem eigentlichen Mandat der SNB.» Das gleiche Argument führte Jordan auch gegen die Forderung Maillards ins Feld, einen grösseren Teil des SNB-Gewinns auszuschütten und diesen nicht nur den Kantonen, sondern auch beispielsweise der AHV zukommen zu lassen. Eine Ausnahme der Pensionskassen von den Negativzinsen würde deren Wirksamkeit torpedieren und zudem weitere entsprechende Wünsche wecken, etwa seitens klassischer Stiftungen. Mail-

lards Wunsch wollte Jordan entsprechend nicht folgen, zumal die Negativzinsen für ihn keinen Tabubruch darstellen: «Die SNB hat keinen Tabubruch begangen, sondern ihren Auftrag erfüllt, die Preisstabilität zu wahren und die Wirtschaft zu schützen.» Negativzinsen seien zwar aussergewöhnlich und sollten vorübergehender Natur sein, führte Jordan weiter aus, doch funktionierten sie ökonomisch letztlich ähnlich wie positive Zinsen.

Maillard hielt dagegen, dass spezielle Situationen auch spezielle Lösungen erfordern würden. So habe man etwa hinsichtlich der Demografie über die nächsten 25 bis 30 Jahre eine vorübergehende Zunahme der Rentnergeneration. «Das ist nicht lange, wenn wir an die Ewigkeit der Nationalbank denken», stellte er zur Erheiterung des Publikums fest.

Öffnen der ideologischen Scheuklappen

Mit seiner Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Pensionskassenanlass setzte Jordan wohl auch bewusst ein Zeichen für die Wichtigkeit der Sozialpartnerschaft und für eine Offenheit gegenüber anderen Positionen. Es ist zu wünschen, dass diese Offenheit auch in der kommenden Diskussion der BVG-Reform anzutreffen ist. |

Kaspar Hohler

Chefredaktor «Schweizer Personalvorsorge»

¹ Siehe dazu Artikel Baumann/Gamper: «Der Fächer öffnet sich bei Kosten und Leistungen». «Schweizer Personalvorsorge» 9/19. Seite 5 ff.